

April 2020

Eine Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT



ARD-DeutschlandTREND

Der Inhalt dieses Berichtes darf ganz oder teilweise nur mit unserer schriftlichen Genehmigung veröffentlicht, vervielfältigt, gedruckt oder in Informations- und Dokumentationssystemen (information storage and retrieval systems) gespeichert, verarbeitet oder ausgegeben werden.

Inhaltsverzeichnis

Zusammenfassung.....	1
Corona-Krisenmanagement der Bundesregierung: drei von vier zufrieden.....	2
Regierungszufriedenheit: Exekutive punktet in der Krise.....	3
Politikerzufriedenheit: Rekordwerte für Regierungsspitzen.....	4
Sonntagsfrage: Schwarz-Rot erstmals seit Juli 2018 wieder mit einer Mehrheit	5
Hälfte der Bürger hat große Sorge vor Corona-Ansteckung	7
Gesundheitssystem: hohes Vertrauen, aber Zweifel an Kapazitäten	8
Große Akzeptanz bundesweiter Kontakteinschränkungen.....	9
Vier von zehn haben Sorge vor längeren Freiheitsbeschränkungen	10
Nachverfolgung von Infektionsketten mit Smartphone ist umstritten.....	11
Wirtschaftliche Folgen: 75 Prozent mit Sorge vor Konjunkturunbruch	12
Veränderter Blick auf bundesdeutsche Verhältnisse.....	13
Mehr internationale Zusammenarbeit in der Corona-Krise gewünscht.....	14
Studieninformation.....	15

Zusammenfassung

Bund und Länder stemmen sich seit wenigen Wochen mit einschneidenden Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Corona-Virus. Das Handeln der Bundesregierung entspricht offensichtlich den Politikerwartungen in einer Ausnahmesituation: Drei Viertel der Wahlberechtigten sind mit dem Berliner Krisenmanagement zufrieden, mit Folgen für die Bewertung der Exekutive insgesamt. Überwog noch vor einem Monat die Kritik an der Regierungsarbeit, äußern sich nunmehr sechs von zehn positiv. Damit findet Schwarz-Rot aktuell einen Rückhalt in der Bevölkerung wie kein Bundeskabinett zuvor im seit 1997 bestehenden ARD-DeutschlandTREND. Das neue Vertrauen in die Bundesregierung spiegelt sich in den Sympathiewerten der Kabinettsmitglieder, die in der Corona-Krise besonders gefordert sind: Die Kanzlerin erhält den höchsten Bevölkerungszuspruch in der laufenden Legislaturperiode. Finanz-, Gesundheits-, Wirtschafts- und Innenminister verbuchen jeweils persönliche Rekordwerte.

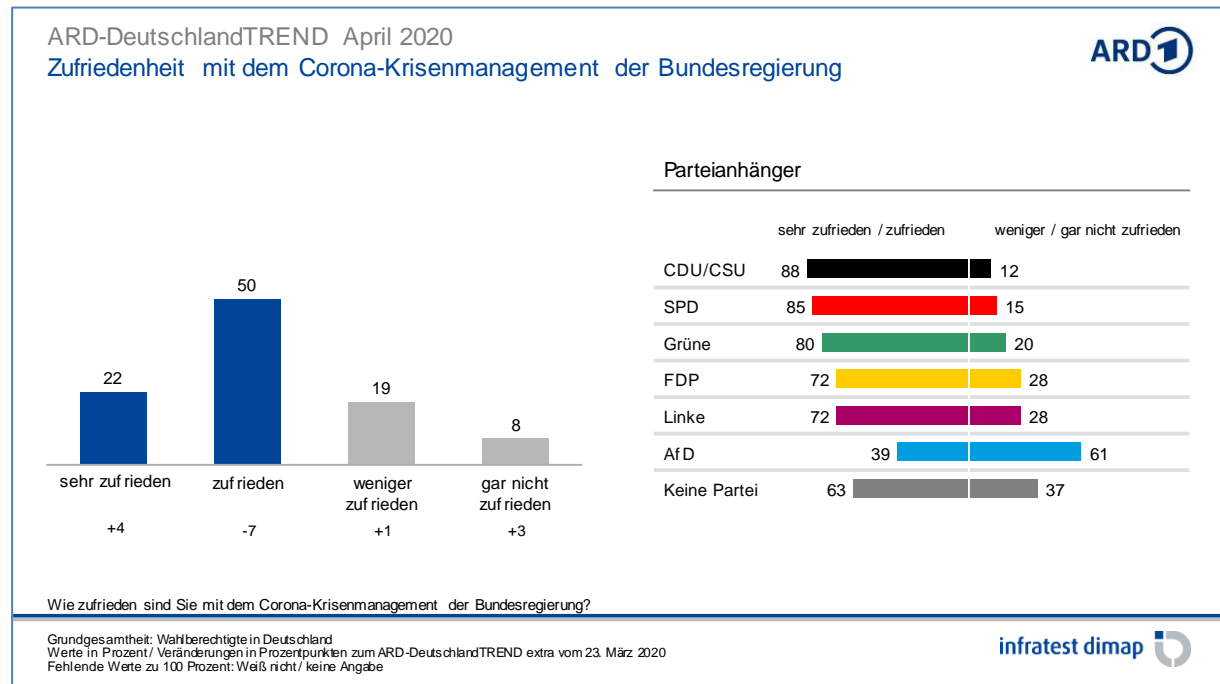
Der Stimmungswechsel zugunsten der Exekutive zeigt sich in deutlich veränderten Wählerpräferenzen: Die CDU/CSU legt in der Sonntagsfrage um 7 Punkte auf 34 Prozent zu. Letztmalig lag sie im März 2018 auf diesem Niveau. Die SPD profitiert vom Krisenmanagement bisher allerdings nicht und hätte wie im März 16 Prozent in Aussicht. Gemeinsam besäßen Union und SPD erstmals seit Juli 2018 wieder eine Mehrheit. Die Opposition steht unter Druck. Die AfD und die Linke geben jeweils 2 Punkte ab. Die AfD käme derzeit auf 10 Prozent, der niedrigste AfD-Wert seit August 2017. Die Linke läge mit aktuell 7 Prozent auf dem Niveau vom September 2019. FDP und Grüne verlieren binnen Monatsfrist jeweils einen Punkt. Die FDP würde aktuell 5 Prozent erhalten. Letztmalig lagen die Liberalen im Januar 2017 auf diesem Niveau. Die Grünen könnten 22 Prozent erzielen. Alle anderen Parteien kämen zusammen auf 6 Prozent.

Das Corona-Virus beherrscht die Politik und bewegt die Deutschen. Mittlerweile ist gut die Hälfte der Deutschen in Sorge, dass sie sich selbst oder Familiengehörige mit dem neuartigen Virus anstecken könnten. Vor einem Monat war es noch ein Viertel. Auch wenn eine große Mehrheit den Gesundheitseinrichtungen und Ärzten in Deutschland die Bewältigung der Corona-Pandemie vertrauen, sind immerhin fast vier von zehn besorgt, dass ggf. nicht jeder Erkrankte angemessen medizinisch versorgt werden wird. Die Sorge vor einer Infektion oder fehlenden Behandlungskapazitäten bei gleichzeitig steigenden Infektionszahlen trägt zu einer hohen Akzeptanz der bundesweiten Kontakteinschränkungen bei. Diese werden auch nach knapp zwei Wochen von 93 Prozent der Bürger grundsätzlich akzeptiert. Die Unterstützung der Maßnahmen geht allerdings bei aktuell vier von zehn Bürgern mit der Sorge einher, dass Freiheitsrechte wegen der Pandemie längerfristig eingeschränkt sein könnten. Und nicht jede weitere neu diskutierte Maßnahme bleibt ohne Widerspruch. Eine freiwillige appbasierte Nachverfolgung von Corona-Infizierten über das Smartphone trifft bei der Hälfte der Deutschen auf Vorbehalte, vor allem wegen Datenschutzbedenken.

Weitaus mehr als die Einschränkung von Freiheitsrechten und auch mehr als die eigene Infektion bewegt die Deutschen derzeit die ökonomische Dimension der Pandemie. 75 Prozent der Bundesbürger haben große bis sehr große Sorgen, dass sich wegen Corona die wirtschaftliche Lage in Deutschland verschlechtert. Um die eigene Lebenssituation macht sich die Mehrzahl zwar keine ernsthaften Gedanken. Bereits ein Drittel der Wahlberechtigten sorgt sich aber als Folge der Corona-Ausbreitung um die persönliche wirtschaftliche Lage und immerhin fast jeder fünfte Erwerbstätige um den eigenen Arbeitsplatz. Trotz aller derzeitigen Sorgen haben die letzten Krisenwochen den Blick der Bürger auf Staat, Politik und Gesellschaft zum Teil positiv verändert. Gaben die hiesigen Verhältnisse zu Jahresbeginn nur für einen Drittel der Deutschen Anlass zur Zuversicht, sind es aktuell 44 Prozent.

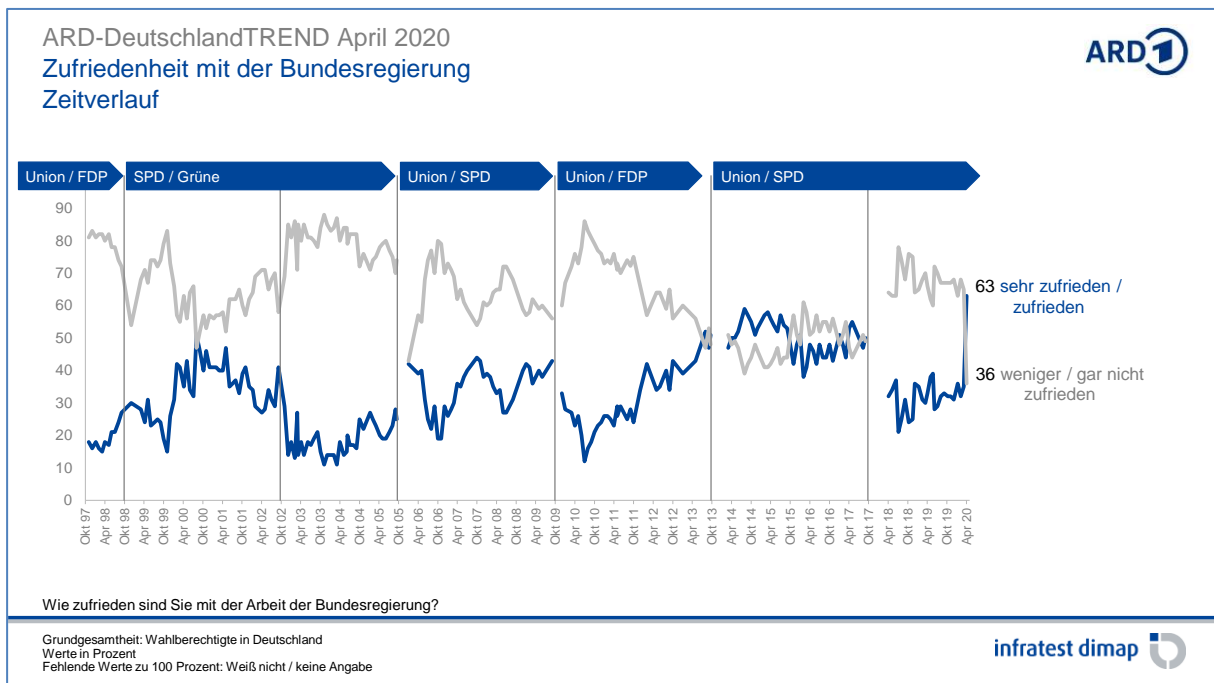
Corona-Krisenmanagement der Bundesregierung: drei von vier zufrieden

Bund und Länder stemmen sich seit wenigen Wochen mit einschneidenden Maßnahmen gegen die Ausbreitung des Corona-Virus. Das Handeln der Bundesregierung entspricht offensichtlich den Politikerwartungen in einer Ausnahmesituation: Kaum verändert zur Blitzumfrage in der Vorwoche sind knapp drei Viertel der Wahlberechtigten (72 Prozent) mit dem Berliner Krisenmanagement zufrieden. Drei von zehn (27 Prozent) üben Kritik. Ein mehrheitlich positives Urteil eint Regierung wie Oppositionsanhänger. Allein in den Reihen der AfD überwiegt auch beim Corona-Krisenmanagement die Regierungskritik (39:61 Prozent).



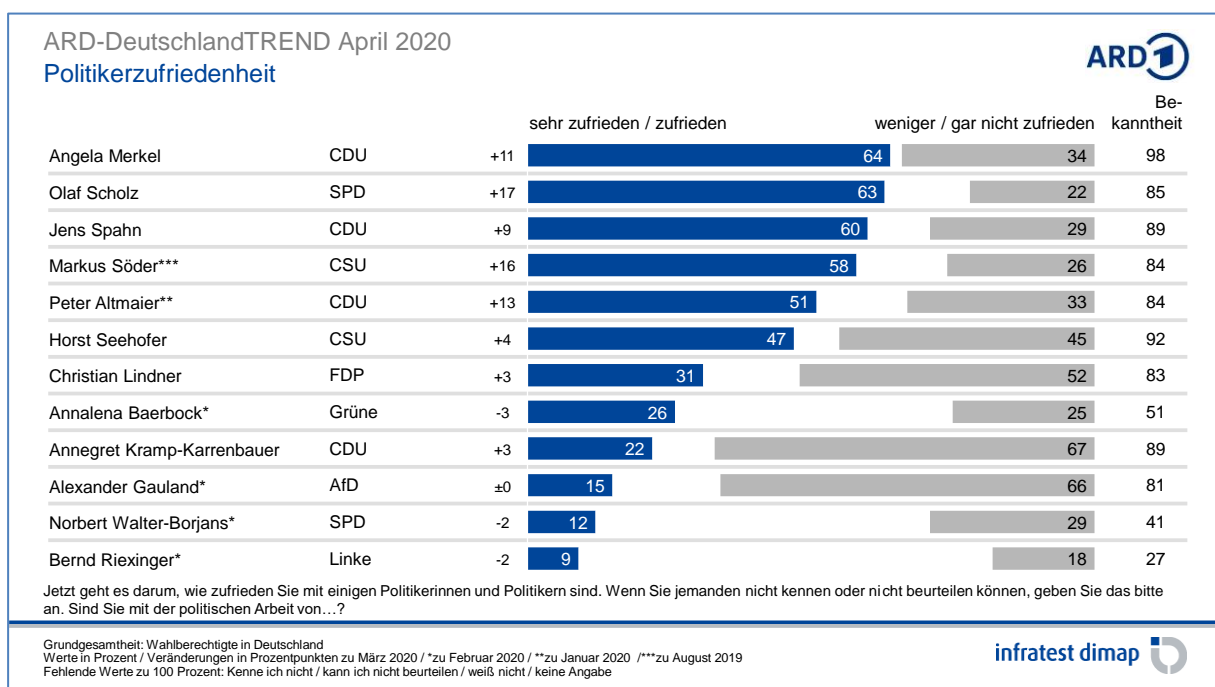
Regierungszufriedenheit: Exekutive punktet in der Krise

Die positive Bewertung des Corona-Krisenmanagements hat Folgen für die Bewertung der Exekutive insgesamt. Die Bundesbürger vollziehen innerhalb eines Monats einen bislang einmaligen Perspektivwechsel. Überwog Anfang März mit 65 Prozent die Kritik an der Regierungsarbeit deutlich, äußern sich nunmehr sechs von zehn Wahlberechtigten (63 Prozent) positiv. Lediglich ein Drittel übt Kritik. Damit findet Schwarz-Rot aktuell einen Rückhalt in der Bevölkerung wie kein Bundeskabinett zuvor im seit 1997 bestehenden ARD-DeutschlandTREND. Hinter die Regierungsarbeit der letzten vier Wochen stellen sich nicht nur deutliche Mehrheiten der Koalitionsanhänger. Auch in den Reihen von Grünen und FDP überwiegt ein positives Urteil deutlich. Von den Linken-Anhängern äußert sich aktuell immerhin die Hälfte zustimmend, bei den AfD-Anhängern dagegen nur jeder Sechste.



Politikerzufriedenheit: Rekordwerte für Regierungsspitzen

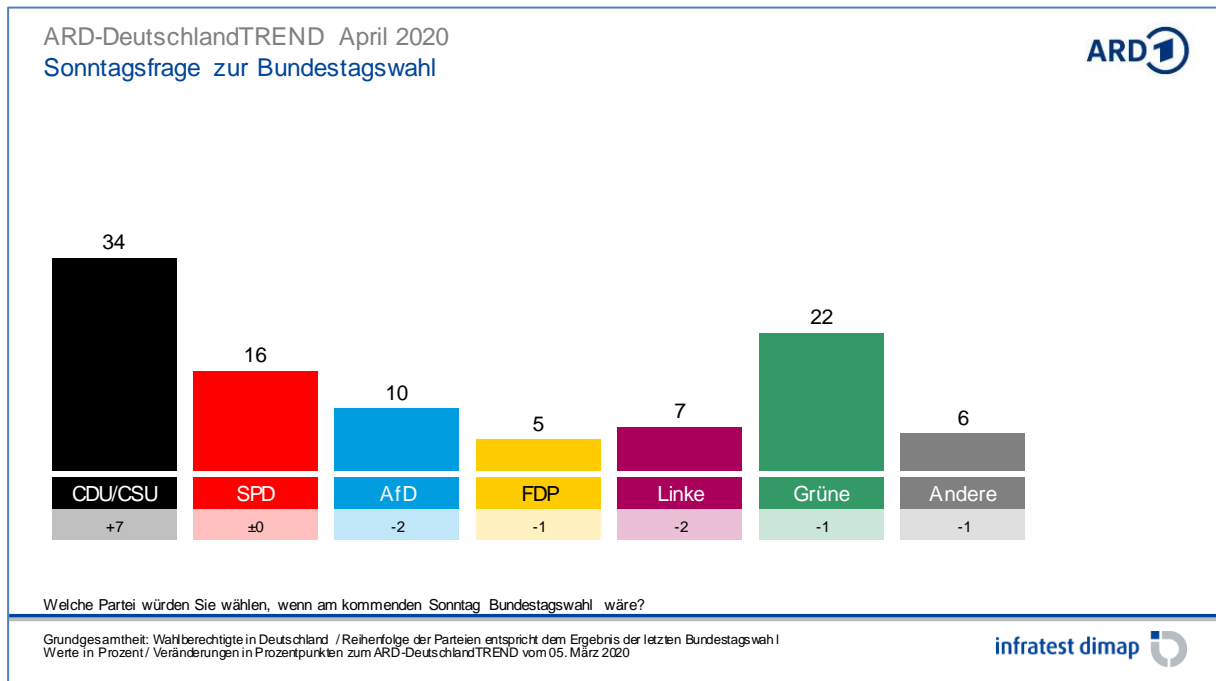
Das neue Vertrauen in die Bundesregierung spiegelt sich in den Sympathiewerten derjenigen Kabinettsmitglieder, die in der Corona-Krise besonders gefordert sind: Kanzlerin Merkel erhält mit 64 Prozent (+11 zum Vormonat) den höchsten Zuspruch in der laufenden Legislaturperiode. Finanzminister Scholz (63 Prozent; +17), Gesundheitsminister Spahn (60 Prozent; +9), Wirtschaftsminister Altmaier (51 Prozent; +13 zu Januar) und Innenminister Seehofer (47 Prozent; +4) verbuchen jeweils persönliche Rekordwerte. Dass aktives Handeln in der Krise von der Bevölkerung honoriert wird, zeigt die Bewertung des bayerischen Ministerpräsidenten. Mit einem Zuspruch von bundesweit 58 Prozent wird Markus Söder ähnlich gut bewertet wie der Bundesgesundheitsminister.



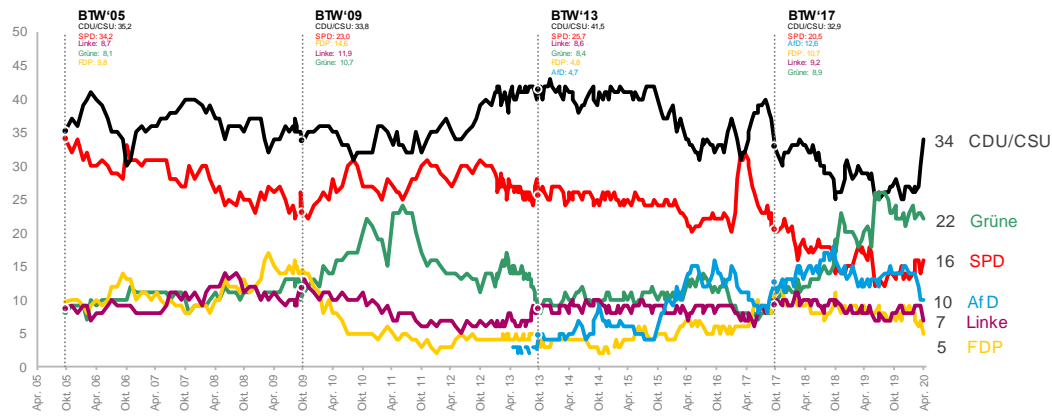
Die Spitzen der Bundestagsopposition bleiben hinter diesen Werten deutlich zurück. Im hinteren Mittelfeld platzieren sich der FDP-Bundesvorsitzende Christian Lindner (31 Prozent; +3) und die Grünen-Bundesvorsitzende Annalena Baerbock (26 Prozent; -3 zu Februar). Auf sie folgt die CDU-Vorsitzende und Verteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer (22 Prozent; +3). Das hintere Drittel wird angeführt vom AfD-Vorsitzenden Alexander Gauland (15 Prozent; +/-0 zu Februar). Zum SPD-Vorsitzenden Norbert Walter-Borjans äußern sich 12 Prozent (-2 zu Februar) zustimmend. Nach wie vor traut sich mehr als die Hälfte zu seiner Arbeit kein Urteil zu. Auf dem letzten Platz landet Linken-Parteivorsitzender Bernd Riexinger (9 Prozent; -2), der allerdings nur weniger als jedem dritten Bundesbürger ein Begriff ist.

Sonntagsfrage: Schwarz-Rot erstmals seit Juli 2018 wieder mit einer Mehrheit

Der Stimmungswechsel zugunsten der Exekutive zeigt sich in deutlich veränderten Wählerpräferenzen: Die CDU/CSU legt in der Sonntagsfrage zum Vormonat um 7 Punkte auf 34 Prozent zu. Letztmalig lag sie im März 2018 auf diesem Niveau. Die SPD profitiert vom Krisenmanagement der Koalition bislang nicht, sie hätte wie im März 16 Prozent in Aussicht. Gemeinsam besäßen Union und SPD erstmals seit Juli 2018 wieder eine Mehrheit. Die Oppositionsparteien stehen unter Druck. Die AfD und die Linke geben jeweils 2 Punkte ab. Die AfD käme derzeit auf 10 Prozent, der niedrigste AfD-Wert seit August 2017. Die Linke läge mit aktuell 7 Prozent auf dem Niveau vom September 2019. FDP und Grüne verlieren binnen Monatsfrist jeweils einen Punkt. Die FDP würde aktuell 5 Prozent erhalten. Letztmalig lagen die Liberalen im Januar 2017 auf diesem Niveau. Die Grünen könnten 22 Prozent erzielen. Alle anderen Parteien kämen zusammen auf 6 Prozent.



ARD-DeutschlandTREND April 2020
Sonntagsfrage zur Bundestagswahl: Zeitverlauf



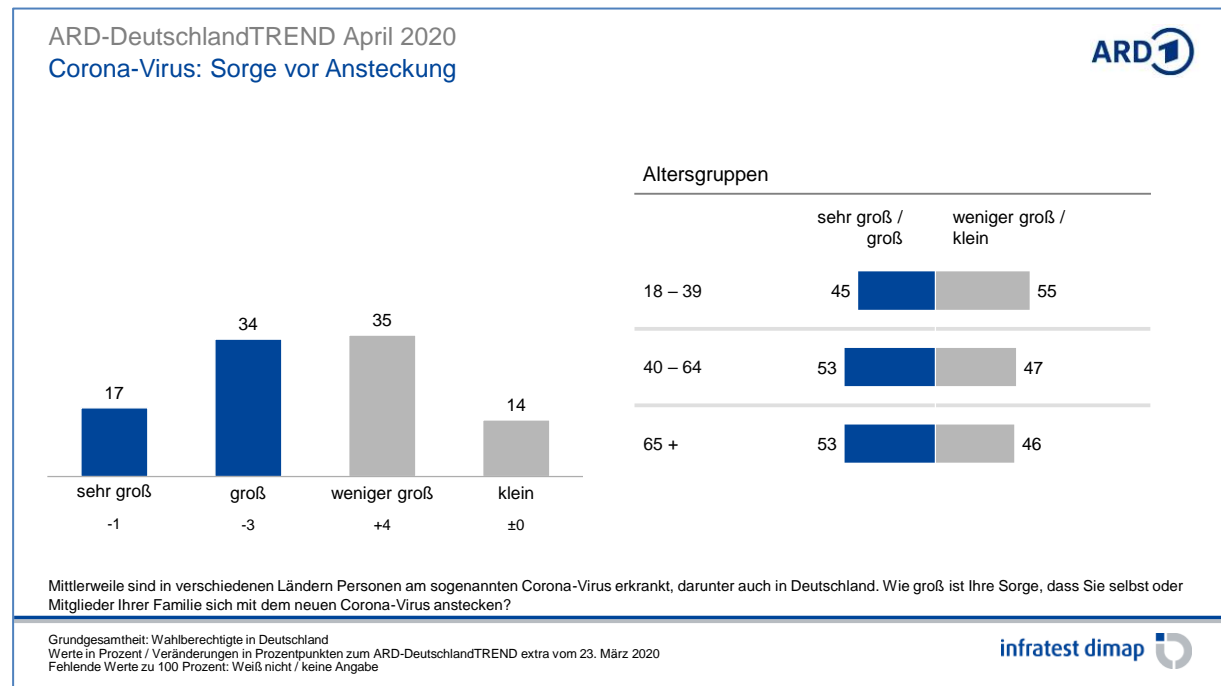
Welche Partei würden Sie wählen, wenn am kommenden Sonntag Bundestagswahl wäre?

Grundgesamtheit: Wahlberechtigte in Deutschland
Werte in Prozent

Die Sonntagsfrage zur Bundestagswahl misst aktuelle Wahlneigungen und nicht tatsächliches Wahlverhalten. Sie ermittelt einen Zwischenstand im Meinungsbildungsprozess der Wahlbevölkerung, der erst am Wahlsonntag abgeschlossen ist. Rückschlüsse auf den Wahlausgang sind damit nur bedingt möglich. Viele Wähler legen sich kurzfristig vor einer Wahl fest. Eine große Bedeutung hat zudem der Wahlkampf mit der gezielten Ansprache von unentschlossenen und taktischen Wählern.

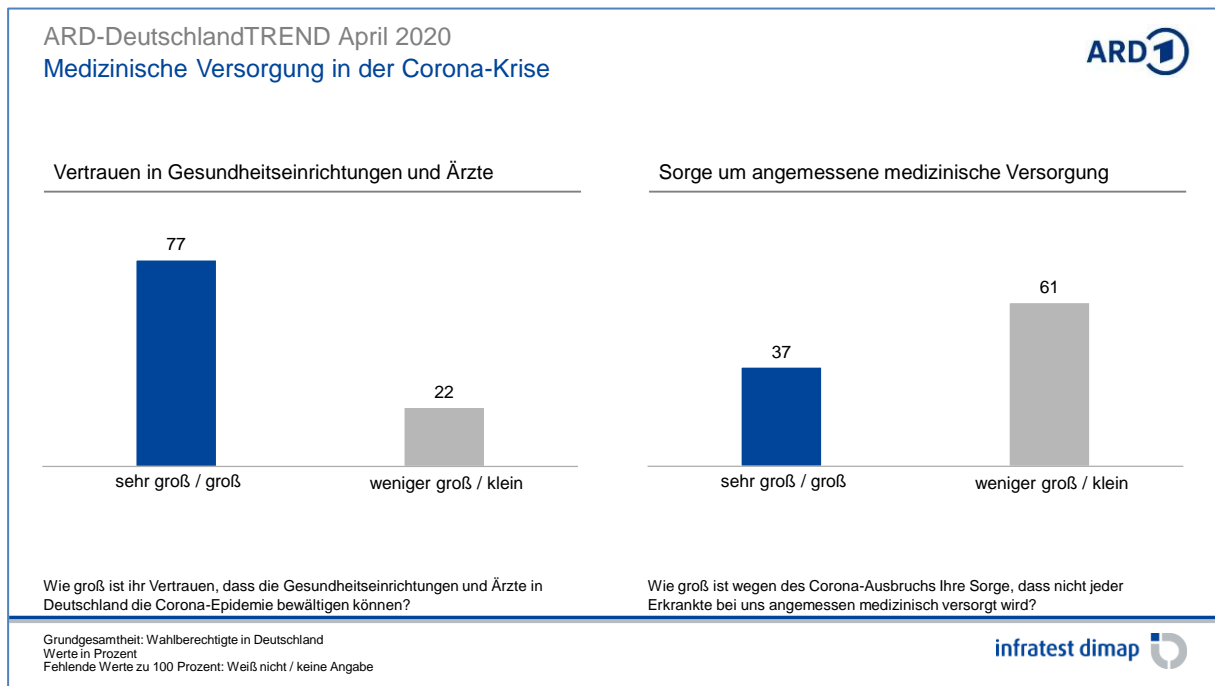
Hälfte der Bürger hat große Sorge vor Corona-Ansteckung

Das Corona-Virus beherrscht die Politik und bewegt die Deutschen. War vor einem Monat ein Viertel der Deutschen in Sorge, dass sie sich selbst oder Familienghörige mit dem neuartigen Virus anstecken könnten, ist es mittlerweile gut die Hälfte (51 Prozent). In der Wahrnehmung des Ansteckungsrisikos bestehen zwischen den Generationen nur geringfügige Unterschiede. Bei den über 65-Jährigen äußert etwas mehr als die Hälfte entsprechende Befürchtungen (53 Prozent). Bei den unter 40-Jährigen sind es mit 45 Prozent jedoch nicht wesentlich weniger.



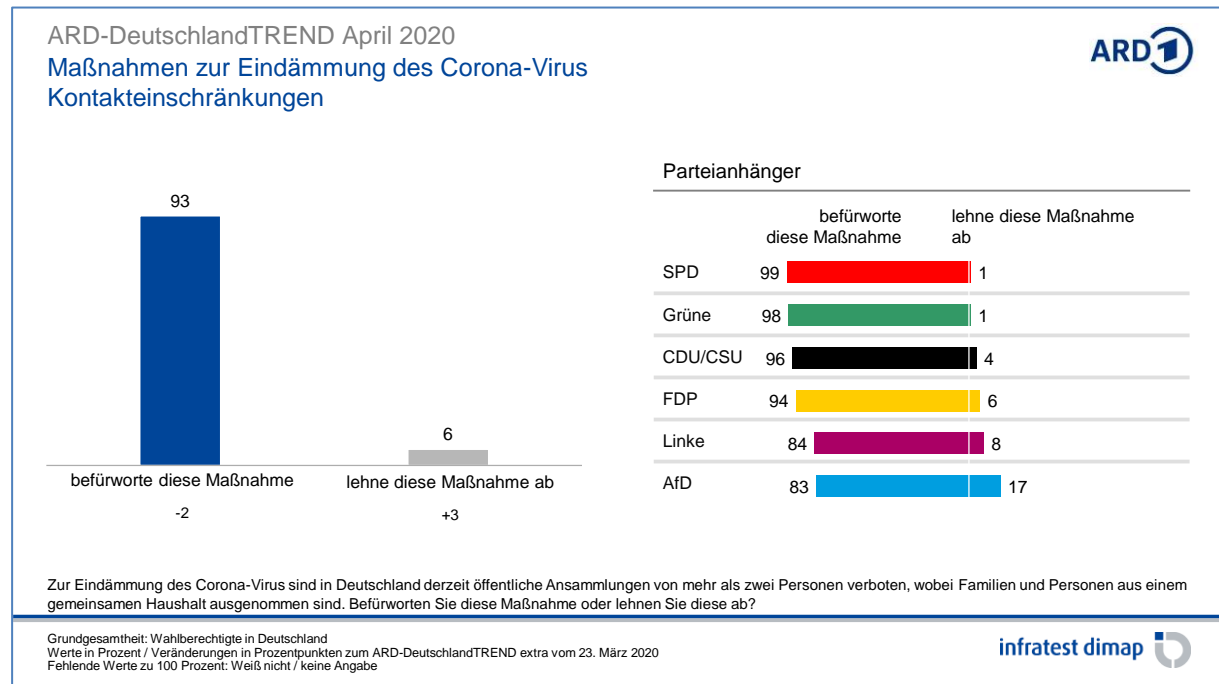
Gesundheitssystem: hohes Vertrauen, aber Zweifel an Kapazitäten

Trotz verbreiteter Sorge vor einer Ansteckung ist das Vertrauen in das bundesdeutsche Gesundheitssystem hoch. Drei Viertel der Bundesbürger (77 Prozent; +2 zur Vorwoche) äußern ein großes bis sehr großes Vertrauen, dass Gesundheitseinrichtungen und Ärzte die Corona-Pandemie grundsätzlich bewältigen können. Dennoch bestehen bei immerhin fast vier von zehn zugleich Zweifel bezüglich der in Deutschland vorhandenen Behandlungskapazitäten (37 Prozent). Sie haben große bis sehr große Sorgen, dass nicht jeder Erkrankte angemessen medizinisch versorgt werden kann.



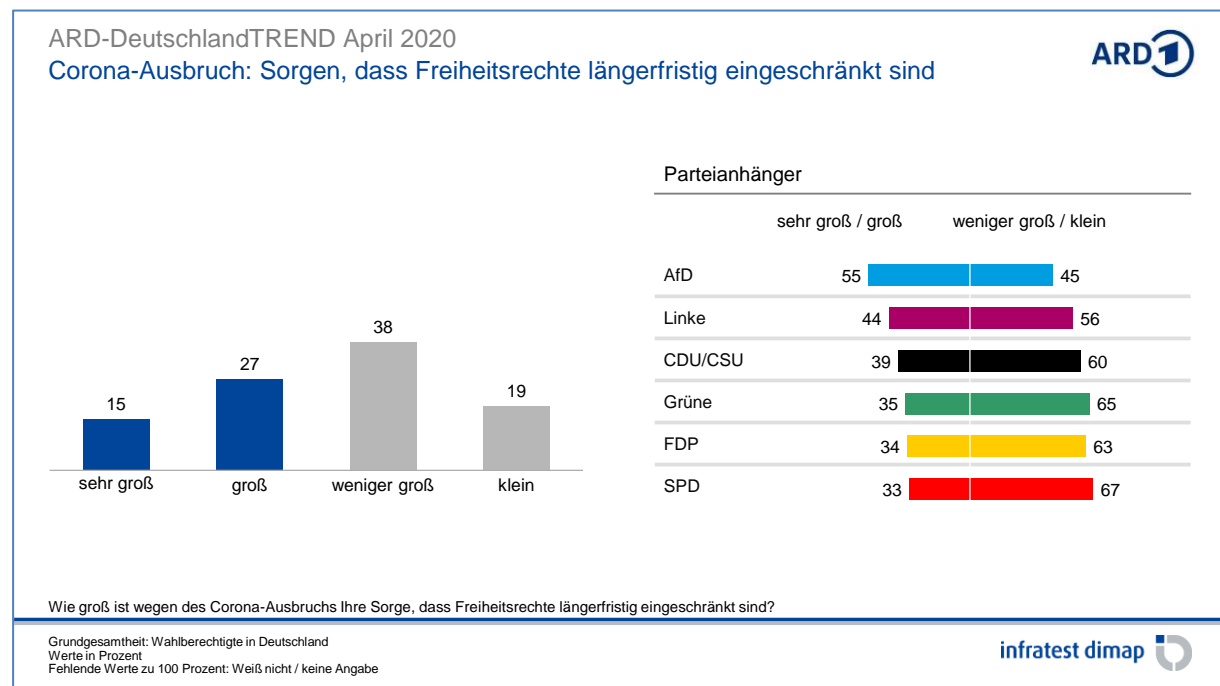
Große Akzeptanz bundesweiter Kontakteinschränkungen

Die Sorge vor einer Infektion oder fehlenden Behandlungskapazitäten bei gleichzeitig weiter steigenden Infektionszahlen trägt zu einer hohen Akzeptanz der seit dem 23. März bundesweit geltenden Kontakteinschränkungen bei. Diese werden auch nach knapp zwei Wochen von 93 Prozent der Bundesbürger grundsätzlich akzeptiert und finden in allen politischen Lagern eine breite Unterstützung.



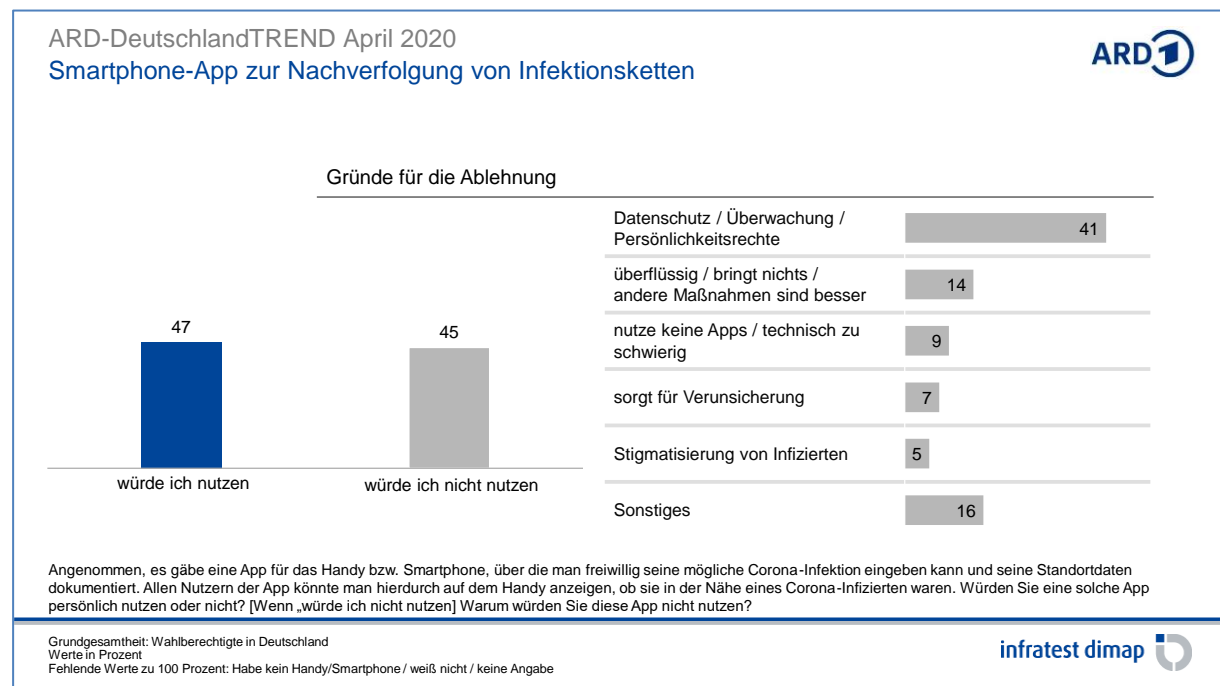
Vier von zehn haben Sorge vor längeren Freiheitsbeschränkungen

Ungeachtet der hohen Akzeptanz der Kontakteinschränkungen sorgen sich aktuell vier von zehn Bundesbürgern, dass Freiheitsrechte wegen der Pandemie längerfristig eingeschränkt sein könnten (42 Prozent). Diesbezügliche Bedenken äußern zwar vor allem die Anhänger von AfD (55 Prozent) und Linken (44 Prozent). Ein entsprechendes Unbehagen gegenüber den aktuellen Maßnahmen besteht derzeit aber selbst bei vier von zehn Unions-Anhängern (39 Prozent) und bei jeweils etwa einem Drittel der Wähler von Grünen, FDP und SPD.



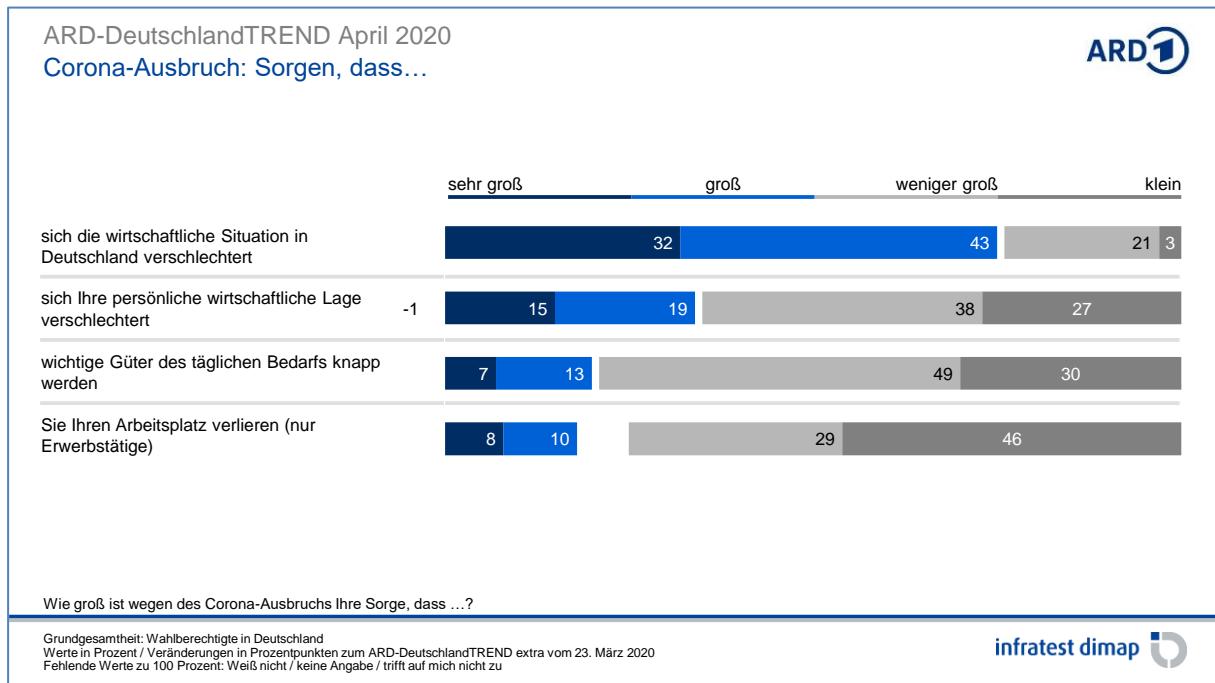
Nachverfolgung von Infektionsketten mit Smartphone ist umstritten

Die aktuell diskutierte Einführung technologischer Lösungen zur Kontaktreduktion ist bei den Bundesbürgern umstritten. Eine Smartphone-App, die freiwillige Informationen von Corona-Infizierten sowie Bewegungsdaten verwendet, um persönliche Kontakttrisiken auf dem Mobiltelefon anzuzeigen, würde nach eigener Angabe die Hälfte der Bundesbürger nutzen (47 Prozent), die andere Hälfte (49 Prozent) dagegen nicht. Vorbehalte gegen eine Nutzung solcher Anwendungen sind bei den Bürgern vor allem in Zweifeln an einem ausreichenden Datenschutz begründet.



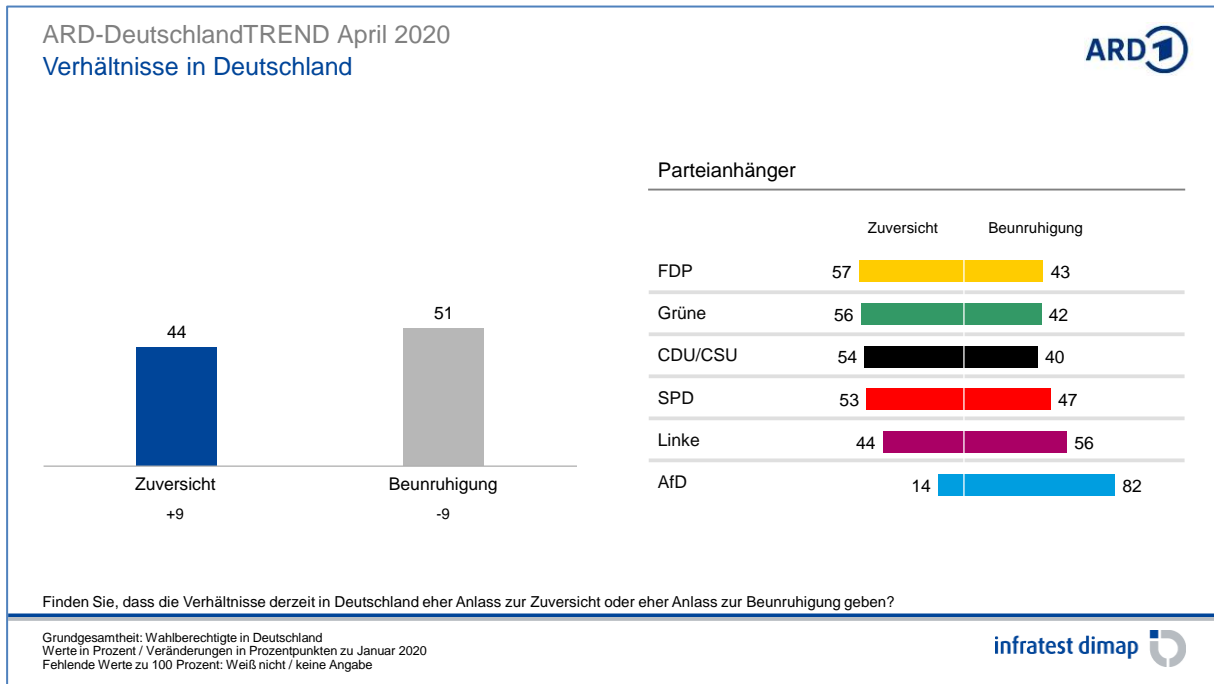
Wirtschaftliche Folgen: 75 Prozent mit Sorge vor Konjunkturunbruch

Weitaus mehr als die Einschränkung von Freiheitsrechten und auch mehr als die eigene Infektion bewegt die Deutschen derzeit die ökonomische Dimension der Pandemie. 75 Prozent der Bundesbürger haben große bis sehr große Sorgen, dass sich wegen Corona die wirtschaftliche Lage in Deutschland verschlechtert. Um die eigene Lebenssituation macht sich die Mehrzahl zwar noch keine ernsthaften Gedanken. Immerhin ein Drittel der Wahlberechtigten befürchtet aber als Folge der Corona-Ausbreitung, dass sich ihre persönliche wirtschaftliche Lage verschlechtert (34 Prozent). Etwa jeder fünfte Erwerbstätige (18 Prozent) ist durchaus auch in Sorge um den eigenen Arbeitsplatz, bei den geringverdienenden Erwerbstätigen sind es sogar fast drei von zehn (29 Prozent). Ausgeprägte Sorgen um das Angebot mit wichtigen Gütern des täglichen Bedarfs machen sich unter den Bundesbürgern derzeit 20 Prozent.

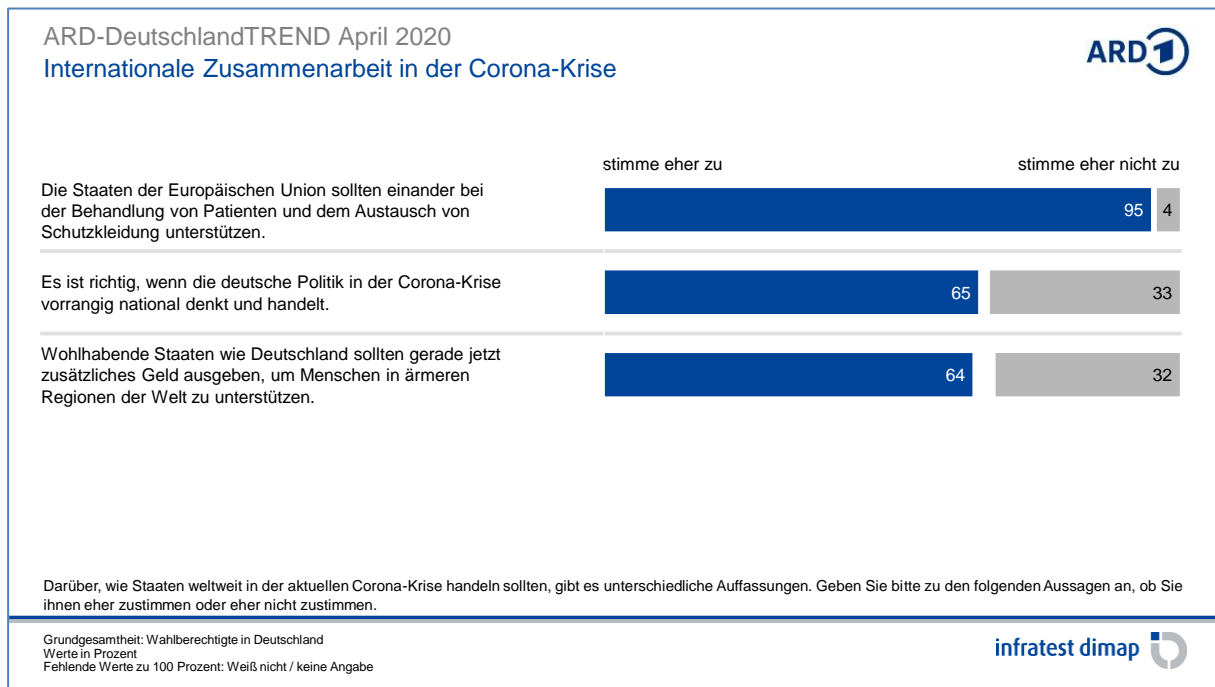


Veränderter Blick auf bundesdeutsche Verhältnisse

Trotz aller derzeitigen Sorgen haben die letzten Krisenwochen den Blick der Bürger auf Staat, Politik und Gesellschaft zum Teil positiv verändert. Gaben die hiesigen Verhältnisse zu Jahresbeginn für einen Drittel der Deutschen Anlass zur Zuversicht, sind es aktuell 44 Prozent. Zwar ist weiterhin die Hälfte der Deutschen (51 Prozent) beunruhigt. Zu Jahresbeginn waren es jedoch sechs von zehn.



Mehr internationale Zusammenarbeit in der Corona-Krise gewünscht



Die Staaten weltweit, einschließlich der EU-Mitglieder, agieren bislang in der Corona-Krise eigenständig und unabgestimmt. Zwei Drittel der Bundesbürger (65 Prozent) finden es richtig, dass auch die deutsche Politik in der aktuellen Situation vorrangig national denkt und handelt. Diese nationale Perspektive der Bürger ist jedoch mit dem Wunsch nach internationaler Kooperation verbunden. So ist es für die Deutschen unstrittig, dass sich die EU-Staaten bei der Behandlung von Patienten und durch den Austausch von Schutzkleidung unterstützen sollten (95 Prozent). Ebenso stimmen fast zwei Drittel der Forderung zu, ärmeren Regionen in der Welt in der Corona-Krise stärker finanziell zu helfen (64 Prozent).

ARD-DeutschlandTREND April 2020

Studie zur politischen Stimmung im Auftrag
der ARD-Tagesthemen und der Tageszeitung DIE WELT

Studieninformation

Grundgesamtheit	Wahlberechtigte in Deutschland	
Stichprobe	Repräsentative Zufallsauswahl/Dual-Frame (Relation Festnetz-/Mobilfunknummern 60:40)	
WDR-Autorin	Ellen Ehni	0221 220-1800
WDR-Redakteur	Florian Riesewieck	0221 220-1800
Wissenschaftliche Betreuung / Durchführung infratest dimap	Roberto Heinrich	030 533 22 - 0
Erhebungsverfahren	Telefoninterviews (CATI)	
Fallzahl	1.002 Befragte Sonntagsfrage: 1.502 Befragte	
Gewichtung	nach soziodemographischen Merkmalen Sonntagsfrage mit separater Gewichtung	
Erhebungszeitraum	30. bis 31. März 2020 Sonntagsfrage: 30. März bis 01. April 2020	
Schwankungsbreite	1,4* bis 3,1** Prozentpunkte * bei einem Anteilswert von 5 Prozent ** bei einem Anteilswert von 50 Prozent	
Durchführendes Institut:	Infratest dimap	
Ihre Ansprechpartner:	Nico A. Siegel	030 53322-0
	Reinhard Schlinkert	0228 32969-3